

ANGELIKA TIMM

# IM SCHATTEN DES GAZA-KRIEGS

**ISRAEL: INNERGESELLSCHAFTLICHE URSACHEN  
UND RÜCKWIRKUNGEN DER MILITÄRAKTION**

Der jüngste Gaza-Krieg begann offiziell mit einer massiven Militäration der israelischen Armee (ZAHAL) am 8. Juli 2014 und endete nach 50 Tagen am 26. August mit einem durch Ägypten vermittelten Waffenstillstand zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde. Als Hintergründe oder konkrete Auslöser der «Operation Protective Edge» werden häufig die Entführung und Ermordung dreier israelischer Jugendlicher, der darauf folgende Einmarsch von ZAHAL in Teile der Westbank und die Ausweitung des Hamas-Raketenbeschusses auf das israelische Kernland benannt. Das Ursachengefüge des Krieges ist jedoch weitaus komplexer und steht mit der Evolution der israelisch-palästinensischen Beziehungen im letzten Jahrzehnt und mit inneren Entwicklungstrends der israelischen Gesellschaft in Zusammenhang.<sup>1</sup>

Die in Israel gültigen und auch in Westeuropa als «politisch korrekt» geltenden Erklärungsmuster für die derzeitige Situation im Nahen Osten – und damit für die jüngste Gaza-Invasion – sind relativ stereotyp: Israel, eine «Villa im Dschungel» und zugleich «einzige Demokratie im Nahen Osten», umgeben von feindseligen Staaten, konfrontiert mit «den neuen Gefahren in der Region» (Benjamin Netanjahu), existenziell bedroht, insbesondere durch die «terroristische Hamas», durch die libanesische Hisbollah, aus östlicher Ferne durch iranische Atombomben und somit in jeder Hinsicht zu legitimer Verteidigung berechtigt, notfalls zu Vergeltungsschlägen, auch zur politischen Disziplinierung seiner arabischen BürgerInnen und anderer missliebiger EinwohnerInnen des Landes. Zwar unterscheiden sich die Wahrnehmung und Darstellungsweise des konkreten Geschehens im Sommer 2014 und die Deutung des Gewalteinsatzes. Prinzipiell jedoch werden die hohen Opferzahlen in der Zivilbevölkerung Gazas beziehungsweise die Vernichtung der existenziellen Lebensgrundlagen mit dem Raketenbeschuss aus dem Gebiet und dem dortigen Tunnelbau gerechtfertigt. Führende westeuropäische und nordamerikanische PolitikerInnen wiederholten unentwegt: Der Krieg gegen Hamas und gegen die Bevölkerung Gazas sei legitim; Israel habe das (von niemandem infrage gestellte) Recht, sich zu verteidigen – so auch die öffentlich verkündete Version der deutschen Bundeskanzlerin.

In die Ursachensuche kaum einbezogen wurden und werden die Hintergründe der Krise, die Unverhältnismäßigkeit im Gewalteinsatz und die Asymmetrien, sei es hinsichtlich der Interessenlagen, Machtverhältnisse, Zielsetzungen und Strategien der Kriegsparteien, sei es in der Relation zwischen legitimen Defensivhandlungen und völkerrechtswidrigen, in-

humanen Offensivaktionen, sei es bei der Gegenüberstellung der Opferstatistiken oder im Abwägen der jeweiligen «Moral» der Kriegsführung. Insbesondere die bereits sieben Jahre andauernde israelisch-ägyptische Blockade des Gazastreifens und die humanitären Defizite im Umgang mit den betroffenen (und betroffenen) 1,8 Millionen Menschen bleiben als zentrale Konfliktpotenziale in politischen Wertungen nicht selten unterbelichtet oder werden ganz ausgeblendet.

Wie die Konfliktursachen und Kriegsergebnisse auch immer definiert werden: Die achte Gaza-Operation Israels wird tiefe Spuren in beiden Gesellschaften hinterlassen. Der Wiederaufbau Gazas – einschließlich der mit deutscher Hilfe errichteten und durch das israelische Militär innerhalb von sieben Wochen zerstörten zivilen Einrichtungen – wird laut Expertenmeinung 20 Jahre dauern.<sup>2</sup> Mindestens ebenso viel Zeit dürfte verstreichen, bis sich in den im Gazastreifen lebenden Familien Trauer um und Erinnerung an die verlorenen Angehörigen abgeschwächt haben werden. Offen bleibt die Frage, wie viele der Betroffenen sich in ihrem künftigen Handeln von Hass und dem Wunsch nach Vergeltung gegen Israel und den «Westen» werden leiten lassen.

Auch in Israel werden die mentalen Verwerfungen nicht nur im betroffenen Süden nachwirken. Die Kriegsrhetorik und die täglichen Raketenwarnungen werden den Menschen im Gedächtnis bleiben und die allgemeinen Bedrohungsängste langfristig verstärken. Die Implikationen für die israelische Demokratie dürften die innergesellschaftliche Atmosphäre zunehmend vergiften, hat doch der Krieg vorhandene Obsessionen verstärkt und das Land und seine EinwohnerInnen letztlich unsicherer, unfriedlicher und intoleranter werden lassen.

## DÉJÀ-VU GAZA?

Die israelische Militäroperation folgte vorangegangenen Mustern, wies jedoch auch eine Reihe neuer Elemente auf. Zu nennen wären vor allem die unverhältnismäßig hohe Zahl palästinensischer Toter und Verwundeter sowie das Ausmaß der Zerstörungen in Gaza.<sup>3</sup> Der international bekannte israelische Journalist und hoch geachtete Friedensaktivist Uri Avnery schrieb am 26. Juli 2014, also mitten im Konflikt: «Das ist kein Krieg gegen den Terror. Der Krieg selbst ist ein Terrorakt.»<sup>4</sup> Gleichzeitig sah sich die israelische Zivilbevölkerung erstmals seit 2008/09 über einen längeren Zeitraum hinweg mit Raketenangriffen – größtenteils neutralisiert durch von den USA gelieferte Abwehraketen («Iron Dome») – konfrontiert.<sup>5</sup>

Im Unterschied zu vorangegangenen Auseinandersetzungen hat das politische Establishment Israels bei seinen Entscheidungen für die Gaza-Operation keine größeren strategischen Rücksichten nehmen müssen: Zu den Besonderheiten des Krieges gehörte das Fehlen einer breiten antiisraelischen und propalästinensischen arabischen Front. Die an der Schwächung der Hamas interessierten regionalen Mächte (Ägypten, Jordanien, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate u. a.) hielten sich weitgehend zurück oder sympathisierten verdeckt mit Israel. Die internationale Gemeinschaft war zeitgleich mit Konflikten in anderen Teilen des Erdballs (Ukraine, Irak, Syrien, Libyen und Westafrika) beschäftigt. Auch sie reagierte relativ verhalten auf die Eskalation des Geschehens in Gaza. Dennoch nahm das ohnehin angeschlagene Image Israels im Ausland großen Schaden; antiisraelische Stimmungen, teilweise mit antisemitischer Spitze, verstärkten sich weltweit, nicht zuletzt in den USA und in Westeuropa. Mehrere lateinamerikanische Staaten beriefen ihre Botschafter aus Israel ab. Eine UN-Kommission soll die «Kriegsverbrechen in Gaza» untersuchen.

Der israelischen Wirtschaft erbrachte der Krieg einen Schaden von annähernd zehn Milliarden Schekel (etwa 2,8 Milliarden US-Dollar), insbesondere durch den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, die Vernichtung von Militärtechnik und die verminderten Einnahmen aus dem Tourismus. Der zivile Flugverkehr kam erstmals seit dem Oktoberkrieg 1973 für mehrere Tage teilweise zum Erliegen. Mitte August wurden die täglichen israelischen Kriegskosten auf 60 Millionen US-Dollar geschätzt. Selbst wenn die USA erneut finanzielle Hilfe leisten und die verausgabten Kriegspotenziale ersetzen sollten, dürften die israelischen SteuerzahlerInnen kräftig zur Kasse gebeten werden. Durch Kürzungen von Ausgaben für zivile Zwecke (nicht zuletzt für Bildung und Gesundheit) wurden als erste Rate zwei Milliarden Schekel (560 Mio. US-Dollar) für die Rüstung (75 Prozent) und für den Wiederaufbau im Süden (25 Prozent) bereitgestellt.<sup>6</sup>

Innenpolitisch konnten Medien und VertreterInnen der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen Rechten die in der jüdischen Bevölkerung existenten Angstsyndrome, resultierend aus historischen Traumata wie aus aktuellen Verunsicherungen, allseitig ausnutzen. Das «nationale Lager», dem zunehmend auch bisher marginale rechtsextremistische Kräfte zuzurechnen sind, festigte, «besessen von faschistisch-religiös-messianisch-rassistischen Vorstellungen»,<sup>7</sup> seinen Platz in der Gesellschaft. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu habe den Kampf um die israelische Psyche gewonnen, urteilt der Autor Sefi Rachlevsky,<sup>8</sup> und die Soziologin Eva Illouz fügt dem hinzu, dass die messianische Rechte ihre Radikalität zunehmend mit Begriffen wie «jüdisch» und «patriotisch» verbräme.<sup>9</sup>

## «RUHE! ES WIRD GESCHOSSEN!»

Israelische Intellektuelle versuchen, die Wurzeln und das Ausmaß der gewaltorientierten Welle beziehungsweise die Gründe für das Schweigen weiter Teile der politischen Opposition genauer zu erkunden. Der Jurist Aeyal Gross von der Universität Tel Aviv konstatiert beispielsweise: «Eines Tages werden wir fragen, wieso die israelische Gesellschaft akzeptiert hat, was in ihrem Namen angerichtet wurde. Die Angriffe auf Häuser, auf Kinder am Strand und auf ganze Wohnviertel gingen weit über die Behauptung hinaus, es seien nur Ziele angegriffen worden, von denen aus Raketen abgeschossen oder in denen Raketen gelagert wurden. [...] Haben Propaganda und Einschüchterung die israelische Gesellschaft zum Schweigen gebracht?»<sup>10</sup>

Solange geschossen werde, müsse man schweigen und zusammenhalten. Uneinigkeit gelte als Schwäche. Diesen regierungskonformen Passivkonsens vertraten nicht zuletzt die Führer der oppositionellen Arbeitspartei. Erst wenn der Krieg überstanden sei, werde man die Regierung wieder kritisieren, so der Parteivorsitzende Jizchak Herzog Anfang August.

Umfragen zeigten jedoch große Unterschiede zwischen jüdischen und arabischen StaatsbürgerInnen. In der jüdischen Bevölkerung herrschte ein breiter, den Krieg befürwortender Konsens. Zeitweilig sprachen sich über 90 Prozent für Kriegshandlungen aus; lediglich vier bis sechs Prozent meinten, die israelische Armee habe unangemessen agiert. Die arabischen BürgerInnen hielten die Angriffe auf Gaza dagegen mehrheitlich für «ungerechtfertigt»; 62 Prozent bezeichneten die Anzahl der Bombardements als überzogen.<sup>11</sup>

## VERTIEFUNG GESELLSCHAFTLICHER KLÜFTE

Die israelische Gesellschaft ist stärker denn je durch tiefe sozioökonomische, nationale und ethnisch-kulturelle Klüfte gekennzeichnet, seien es Gegensätze zwischen jüdischen und arabischen BürgerInnen, soziokulturelle Konfliktlinien zwischen JüdInnen aus Europa/Amerika (Aschkenasim) und ZuwanderInnen aus orientalischen Staaten (Misrachim) oder zwischen Alteingesessenen und neu Eingewanderten, seien es politische Divergenzen zwischen «Tauben» und «Falken», weltanschauliche Unterschiede zwischen Religiösen und Säkularen oder soziale Disparitäten zwischen Reich und Arm. Die Verwerfungen konnten in Kriegszeiten, auch im Sommer 2014, nur oberflächlich und vorübergehend kaschiert werden.

Zu den gravierendsten innenpolitischen Rückwirkungen des jüngsten Geschehens gehört der Schaden, der dem Verhältnis zwischen jüdischen und arabischen StaatsbürgerInnen zugefügt wurde. Arabisch-palästinensische Kollektive stehen in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend außerhalb des nationalen Konsenses. Ihnen wurde durch PolitikerInnen und Medien vielfach das Gefühl vermittelt, BürgerInnen minderen Grades, ausgestattet mit geringeren Rechten, zu sein. Neue Feindschaft und Hassgefühle äußerten sich im Sommer 2014 in Form von staatlich-institutioneller Bespitzelung, von Arbeitsrelegierungen oder von gewalttätigen Angriffen. Allein im Juli wurden rund 600 arabische BürgerInnen von ihren ArbeitgeberInnen entlassen, einzig weil sie – zum Beispiel auf Facebook oder Twitter – Stellung gegen den Krieg bezogen hätten.<sup>12</sup> Auf Antikriegsdemonstrationen, wie in Haifa und Nazareth, nahm die Polizei Hunderte arabische DemonstrantInnen fest. Den arabischen Solidaritätsbezeugungen mit der Bevölkerung von Gaza begegnete

Außenminister Avigdor Lieberman mit dem Aufruf zum landesweiten Boykott arabischer Geschäfte.<sup>13</sup> Die rassistische Aktion «Kauft nicht bei Arabern!» brachte vielen Gewerbetreibenden erkennbaren Schaden.

Mit «Banalität des Rassismus» betitelte die hebräischsprachige israelische Tageszeitung *Haaretz* einen Beitrag, der den neuen Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit thematisierte. Heute schäme sich niemand mehr, öffentlich zu bekunden, er hasse Araber.<sup>14</sup> Für arabische zivilgesellschaftliche Organisationen wie Adalah, Mossawa oder die Arab Association for Human Rights (HRA) ist es nach dem Krieg noch schwieriger geworden, die Menschen zu erreichen und gemeinsam mit jüdischen Organisationen dem Rassismus entgegenzutreten. Für viele palästinensisch-arabische StaatsbürgerInnen Israels gilt heute, was die Sängerin Mira Awad in den bedrückendsten Tagen des Kriegs auf den Punkt brachte: «Mein Kopf sagt, ich muss hier weg; mein Herz jedoch weiß, dass ich kein anderes Land habe.»<sup>15</sup>

### ANTIKRIEGSPROTESTE

«Der Lackmустest für eine starke Demokratie besteht darin», so Professor Zeev Sternhell von der Hebräischen Universität Jerusalem, «ob ihre Bürger auch in Zeiten der Krise ihre Meinung in der Öffentlichkeit frei äußern können, ohne Gefahr zu laufen, durch rechte, von der Polizei tolerierte Schläger angegriffen zu werden.»<sup>16</sup> Die israelische Realität bestätigt den Wissenschaftler: Seit Beginn der Gaza-Aktion fanden in Israel jede Woche Antikriegsaktionen statt. Ihre TeilnehmerInnen jedoch wurden in der Öffentlichkeit und in sozialen Netzwerken nicht selten als «Verräter» oder «Feinde Israels» gebrandmarkt.

Zu Protestbekundungen hatten mehrfach insbesondere die jüdisch-arabische Parlamentsfraktion Chadasch, die Friedensorganisationen Gusch Schalom, Forum of Berieved Parents, Combatants for Peace, Coalition of Women for Peace und andere Nichtregierungsorganisationen (NGO) aufgerufen. Mitglieder der linkszionistischen Partei Merez beteiligten sich an den Protesten – auch wenn die Merez-Führung und die Friedensorganisation Peace Now erst gegen Ende der «heißen» Kriegsphase zu öffentlichen Aktionen aufrufen. Häufige Losungen der Demonstranten waren: «Juden und Araber weigern sich, einander Feinde zu sein!», «Unsere Kinder wollen leben – im [palästinensischen] Gaza wie im [israelischen] Sderot!» oder «Politischer Dialog statt Krieg!» Die bedeutendsten Kundgebungen, jeweils mit 7.000 bis 8.000 Teilnehmenden, fanden am 26. Juli und 16. August auf dem Rabinplatz im Zentrum Tel Avivs statt. Noch gäbe es, so der Schriftsteller David Grossman am 16. August, in der israelischen Gesellschaft eine kritische Masse, die Frieden wolle und in der Lage sei, den Konflikt mit den Nachbarn zu lösen.

Mitglieder der NGO Breaking the Silence, ein Zusammenschluss ehemaliger und derzeitiger Angehöriger der israelischen Armee, trugen am 17. Juli auf dem Platz vor dem Nationaltheater Habimah in Tel Aviv Zeugnisse von SoldatInnen aus vorangegangenen Militäraktionen in Gaza vor; am religiösen jüdischen Trauertag Tisha B'Av gedachten sie sowohl der palästinensischen als auch der israelischen Kriegsoffer. Die Stimme der israelischen Linken jedoch ist schwächer als in der Vergangenheit. Kriegerische Stimmungen, Furchtkomplexe beziehungsweise Apathie und Gleichgültigkeit sowie ein geringes Maß an Empathie für die jeweils anderen dominieren in der israelischen Bevölkerung. Zu ge-

meinsamen Protesten jüdischer und arabischer BürgerInnen kam es bis auf Haifa im Land nur selten.

### DIE NEUE QUALITÄT DER RECHTSTRENDS

Zu den innergesellschaftlichen Phänomenen gehörten während der Gaza-Invasion 2014 teilnehmerstarke Aufmärsche rechtsextremer Gruppierungen. Sie attackierten nicht nur verbal die KriegsgegnerInnen, sondern schreckten auch vor physischer Gewalt nicht zurück. Die liberale Tageszeitung *Haaretz* beklagte: «In Israel ist ein innerer Krieg über Recht und Gesetz entbrannt. [...] Seine stärksten beziehungsweise am stärksten Furcht verbreitenden Ausdrucksformen sind militante Angriffe rechtsextremistischer Aktivisten auf Araber, aber auch auf Linke und generell auf Menschen, die sich gegen den Krieg aussprechen.»<sup>17</sup>

Beispiele für den «Tsunami des Hasses»<sup>18</sup> und den «McCarthyismus»<sup>19</sup> à la Israel gibt es für den Sommer 2014 en masse. Weitgehend unwiderrprochen blieb zum Beispiel die Äußerung des Nahostwissenschaftlers der Bar-Ilan Universität, Mordechai Kedar, (arabische) «Terroristen könnten einzig abgeschreckt werden durch die Drohung, ihre Schwestern oder Mütter zu vergewaltigen».<sup>20</sup> Als ein Juraprofessor derselben Universität in einer E-Mail seinen StudentInnen mitteilte, er bedaure die jüdischen *und* palästinensischen Opfer im Gaza-Krieg, wurde eine förmliche «Hexenjagd» gegen ihn veranstaltet; die Universitätsleitung forderte eine öffentliche Entschuldigung.<sup>21</sup> Dov Lior, Oberrabbiner in Kiryat Arba und Hebron, bekundete am 21. Juli 2014, das jüdische Recht erlaube die Zerstörung des Gazastreifens, um dem Süden Israels Frieden zu bringen.<sup>22</sup> Als am 26. Juli vorwiegend jüdische Israelis auf dem zentralen Rabin-Platz Tel Avivs ihren Protest gegen Krieg und Rassismus bekundeten, skandierten die ebenfalls zahlreich erschienenen Rechtsnationalen nicht nur wie üblich «Tod den Arabern», sondern «Tod den Linken!» Auch hier suchten gewaltbereite Schläger nach Ende der Kundgebung ihren Emotionen durch tätliche Angriffe auf die «Landesverräter» Ausdruck zu verleihen.<sup>23</sup>

Rassismus, Aushöhlung der Demokratie und die Auseinandersetzung um die Identität und Definition des Staates spiegeln sich in den Debatten des Parlaments, in Entscheidungen der Regierung und im Streit um das nationalstaatliche Selbstverständnis wider. Im Mittelpunkt stehen Forderungen der Rechtskräfte, Israel primär nicht als demokratischen, sondern als *jüdischen* Staat anzuerkennen. Als Zukunftsmodelle künftiger Staatlichkeit gelten vor allem drei Entwicklungs- und Entscheidungsoptionen: «jüdischer Staat», «jüdischer und demokratischer Staat» oder «demokratischer Staat aller seiner Bürger». Zunehmend scheinen sich die VertreterInnen einer Ethnokratie mit säkular-nationalistischem oder jüdisch-religiösem Vorzeichen, also der ersten Option, durchzusetzen. Die Soziologin Eva Illouz von der Hebräischen Universität Jerusalem meint, dass das «Jüdische» bereits «die Demokratie mit ihren universellen Werten in Geiselhaft genommen» habe.<sup>24</sup> «Die wirkliche Gefahr für Israel» komme nicht von außen, sondern von innen.<sup>25</sup>

### KOMPROMISSFRIEDEN VERSUS FRIEDENSDIKTAT

Die Erfahrung belegt, dass sich nach Militäraktionen häufig ein – mitunter freilich nur kurzzeitiges – *window of opportunity* für eine Konfliktregelung öffnet. Darauf richtet sich derzeit das «Prinzip Hoffnung». Inwieweit existente oder noch zu schaffende Chancen für ein produktives Konfliktmanage-

ment genutzt werden, hängt von den Kriegsparteien wie auch von äußeren Rahmenbedingungen und Akteuren ab.

Bereits während des Krieges legte die Hamas einen zehnfachen Katalog für ein auszuhandelndes politisches Gaza-Agreement vor: Abzug der israelischen Panzer von der Grenze Gazas; Freilassung aller palästinensischen Gefangenen, die nach der Ermordung der drei israelischen Jugendlichen inhaftiert wurden; Beendigung der Gaza-Blockade und Öffnung der Grenzübergänge für Menschen und Waren; Errichtung eines Seehafens und eines von den Vereinten Nationen (UN) kontrollierten internationalen Flughafens; Ausweitung der Fischfangzone Gazas auf zehn Kilometer; Umwandlung der Grenzstelle Rafah in einen von der UN und arabischen Staaten kontrollierten Grenzübergang; Sicherung der Grenzen durch internationale Beobachter; Erleichterung des Zugangs zur Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem für muslimische Gläubige; Verpflichtung Israels, sich nicht in den innerpalästinensischen politischen Versöhnungsprozess einzumischen; Schaffung von neuen Industrie- und Entwicklungszonen im Gazastreifen.<sup>26</sup> Ein frühzeitiges Eingehen auf das moderate Angebot hätte Israel, insbesondere den Süden, sicherer machen können und vielen – auch israelischen – «Opfern der letzten Tage» das Leben gerettet.

Die palästinensische Regierung betont in ihren grundsätzlichen Stellungnahmen stärker den Gesamtkonflikt und geht mit ihren Regelungsvorschlägen über Gaza hinaus. Anfang September sprach sie sich für die Wiederaufnahme der unter US-Schirmherrschaft zustande gekommenen und im Juni gescheiterten israelisch-palästinensischen Verhandlungen, zunächst für maximal neun Monate, aus. Eine Vereinbarung über den Abzug Israels von allen für den künftigen palästinensischen Staat vorgesehenen Territorien solle innerhalb von drei Jahren erreicht werden. Vorgeschlagen wird zudem, während der ersten drei Monate den Grenzverlauf zu definieren und im folgenden Halbjahr andere offene Fragen – Flüchtlinge, Jerusalem, Siedlungen, Sicherheitsvereinbarungen, Wasser – zu regeln. Vertrauensbildende Maßnahmen im Vorfeld seien ein Stopp des Siedlungsbaus (zumindest für die dreimonatige Initialphase der Gespräche) und die bereits für den 29. März 2014 vorgesehene, durch die israelische Regierung seinerzeit abgeblockte Freilassung der vierten Gruppe palästinensischer Häftlinge.<sup>27</sup>

Die Reaktionen der israelischen Regierung lassen erkennen, dass Gespräche mit der Hamas bisher nicht ernsthaft erwogen werden. Netanjahu formulierte am 29. August vielmehr eine Alternative: « Hamas oder Frieden ».<sup>28</sup> Verhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde dagegen lehnte er nicht generell ab. Voraussetzung sei freilich « eine palästinensische Regierung, die dem Frieden mit Israel, der Beendigung des Terrors und der Einhaltung früherer Vereinbarungen verpflichtet ist ».<sup>29</sup> Inwieweit er künftig zu Gesprächen mit der im Juni 2014 gebildeten palästinensischen Einheitsregierung bereit sein wird, dürfte von inneren wie äußeren Erwägungen beziehungsweise Zwängen abhängen.

Die über den Stopp des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen und die Zerstörung der restlichen Untertunnelung Gazas und Südisraels hinausgehenden israelischen Forderungen, zum Beispiel völlige Demilitarisierung des Gazastreifens, wie auch die unmittelbar nach Kriegsende neu geschaffenen *fait accomplis* (weitreichende Beschlüsse des israelischen Kabinetts über die Fortsetzung und Zementierung des Siedlungsbaus) stehen in diametralem Gegensatz zu jeglicher Kompromissuche beziehungsweise zu allen

Friedenserwartungen. In der israelischen Regierung existieren tiefe Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen wie konkreten Fragen. Die Chancen für die Neuaufnahme erfolgversprechender Verhandlungen erscheinen somit als äußerst gering. Starker äußerer Druck auf die Akteure ist kaum zu erwarten, da sowohl die US-Administration und die führenden EU-PolitikerInnen als auch die politischen Eliten in den arabischen Nachbarstaaten mit anderen Konflikttherden beschäftigt sind.

Der Schlüssel für einen produktiven Kompromiss – im Gaza-Konflikt wie in den israelisch-palästinensischen Beziehungen – liegt weiterhin eindeutig im israelischen Feld. Er dürfte dort für einen längeren Zeitraum verbleiben. Ein israelischen Interessen und Forderungen folgendes Friedensdiktat dürfte an der Haltung der selbstbewusster gewordenen Palästinensischen Autonomiebehörde scheitern. Ein erneuter Waffengang in Gaza oder an der Nordgrenze ist für die nähere Zukunft nicht auszuschließen. Die Antwort auf die Frage, ob sich die Austragungsbedingungen des nächsten Krieges mit Blick auf die Verwerfungen in der arabischen Welt und auf die jüngsten Entwicklungen in der Türkei, in Pakistan und im Umgang mit Iran zugunsten Israels entwickeln werden, sei aus den ungewissen Zukunftserwartungen zunächst ausgeklammert.

Angelika Timm ist Nahostwissenschaftlerin und leitet das Auslandsbüro Israel der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

<sup>1</sup> Vgl. Weltmann, Uri: Der lange Weg nach Gaza (Standpunkt 15/2014 der Rosa-Luxemburg-Stiftung), [www.rosalux.de/publication/40719](http://www.rosalux.de/publication/40719). <sup>2</sup> Haaretz, 31.8.2014, S. 3. <sup>3</sup> Die Kampfhandlungen kosteten 2.104 PalästinenserInnen, darunter 518 Kindern, das Leben. Auch unter den 11.000 Verwundeten waren etwa 3.000 Kinder. Im Gazastreifen wurden in sieben Wochen 220 Schulen, 58 Krankenhäuser und 17.000 Wohneinheiten zerstört; die Zahl der Obdachlosen beträgt annähernd 475.000 (Haaretz [englischsprachige Ausgabe], 29.8.2014, S. 10). <sup>4</sup> Vgl. <http://zope.gush-shalom.org/home/en/channels/avner/1406281947/>. <sup>5</sup> Auf Israel wurden 4.532 Raketen abgeschossen; sieben ZivilistInnen, darunter ein Kind, wurden im Süden des Landes getötet. 66 SoldatInnen fielen in Kampfhandlungen bzw. starben an Verletzungen (Haaretz, 1.9.2014, S. 1). <sup>6</sup> Haaretz, 1.9.2014, S. 1. <sup>7</sup> Vgl. [www.haaretz.com/opinion/.premium-1.609037](http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.609037) (7.8.2014). <sup>8</sup> Vgl. [www.haaretz.com/opinion/.premium-1.609037](http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.609037) (7.8.2014). <sup>9</sup> Illouz, Eva: Wir sind abgestumpft, in: Der Spiegel, 32/2014, S. 84. <sup>10</sup> Vgl. [www.haaretz.com/opinion/.premium-1.611197](http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.611197) (19.8.2014). <sup>11</sup> Yaar, Ephraim/Hermann, Tamar: Peace Index August 2014, [en.idi.org.il/media/3676239/Peace\\_Index\\_August\\_2014-Eng.pdf](http://en.idi.org.il/media/3676239/Peace_Index_August_2014-Eng.pdf). <sup>12</sup> Angaben der NGO Mossawa, 13.8.2014. <sup>13</sup> Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 22.7.14, S. 1. <sup>14</sup> Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 31.7.2014, S. 1. <sup>15</sup> Haaretz, 15.8.2014, S. 9. <sup>16</sup> Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 18.7.14, S. 9. <sup>17</sup> Haaretz, 28.7.14, S. 5 (Editorial). <sup>18</sup> Haaretz (englischsprachige Ausgabe), 8.8.2014, S. 13. <sup>19</sup> McCarthyism in action, Haaretz, 15.8.2014, S. 9. <sup>20</sup> Haaretz, 22.7.2014, S. 4. <sup>21</sup> Haaretz, 30.7.2014, S. 1, und 31. Juli 2014, S. 5. <sup>22</sup> Jerusalem Post, 24.7.2014, S. 7. <sup>23</sup> Vgl. <http://972mag.com/the-night-it-became-dangerous-to-demonstrate-in-tel-aviv/93524/>. <sup>24</sup> Illouz, Eva: Wir sind abgestumpft, in: Der Spiegel, 32/2014, S. 85. <sup>25</sup> Vgl. [www.spiegel.de/international/world/interview-with-sociologist-eva-illouz-about-gaza-and-israeli-society-a-984536.html](http://www.spiegel.de/international/world/interview-with-sociologist-eva-illouz-about-gaza-and-israeli-society-a-984536.html). <sup>26</sup> Maariv, 16.7.2014, [www.nrg.co.il/online/1/ART2/597/047.html?hp=1&cat=666&loc=2](http://www.nrg.co.il/online/1/ART2/597/047.html?hp=1&cat=666&loc=2). <sup>27</sup> Vgl. Times of Israel, 2.9.2014, [www.timesofisrael.com/pa-plan-seeks-new-state-in-west-bank-idf-pullout-within-three-years/](http://www.timesofisrael.com/pa-plan-seeks-new-state-in-west-bank-idf-pullout-within-three-years/). Es wird erwartet, dass das Abbas-Verhandlungsangebot die Zustimmung der Außenminister der Arabischen Liga erlangt. Sollten Israel und die USA die Kompromissformeln ablehnen, will Abbas den Internationalen Gerichtshof anrufen. Er droht in diesem Fall gleichzeitig mit dem Rücktritt und mit der Auflösung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Israel müsste für die Westbank und Gaza erneut die volle Verantwortung übernehmen; eine dritte Intifada läge in der Luft. Vgl. Haaretz, 3.9.2014, S. 2. <sup>28</sup> Vgl. [www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/.premium-1.613230](http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/.premium-1.613230) (30.8.2014). <sup>29</sup> Netanyahu, 20.8.2014, [www.imra.org.il/story.php?id=64701](http://www.imra.org.il/story.php?id=64701) (4.9.2014).

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: September 2014

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling